

Ressort: Politik

Polizeigewerkschaft für Abschiebehäft in normalen Gefängnissen

Berlin, 13.07.2018, 00:09 Uhr

GDN - Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) erhält Unterstützung für seinen Plan, die Trennung von Abschiebungsgefangenen und anderen Häftlingen temporär aufzuheben. Der Vorsitzende der DPoIG-Bundespolizeigewerkschaft Ernst G. Walter sagte der "Welt": "Die temporäre Mitnutzung von normalen Justizvollzugsanstalten für abzuschiebende Ausländer würde das Riesenproblem des Untertauchens stark reduzieren."

Walter begrüße die Forderung Seehofers, "weil die Bundesländer auf absehbare Zeit nicht genug gesonderte Abschiebehäftplätze schaffen" könnten. "Nur um einmal die Dimensionen klar zu machen: Wir haben mehr als 200.000 ausreisepflichtige Ausländer in Deutschland - davon ist ein Viertel direkt vollziehbar ausreisepflichtig -, aber nur 500 Abschiebungshäftplätze." Mike Mohring, CDU-Vorsitzender in Thüringen, sagte der "Welt": "Wenn Abschiebehäftplätze fehlen, müssen dafür vorübergehend auch gewöhnliche Haftplätze genutzt werden. Diese Möglichkeit sieht die EU-Rückführungsrichtlinie ausdrücklich vor." Wer keinen Flüchtlingsschutz genieße, müsse ausreisen. "Das ganze Asylsystem krankt daran, dass genau dies nicht ausreichend durchgesetzt werden kann." Linda Teuteberg, migrationspolitische Sprecherin der FDP, lehnt Seehofers Forderung dagegen ab. "Dass viele Bundesländer zu wenige oder - wie Berlin und Brandenburg - gar keine Abschiebehäftplätze bereitstellen, schafft für die Durchführung von Abschiebungen größte Probleme." Deshalb müssten Bund, Länder und Kommunen auf einem Migrationsgipfel schnell gemeinsame Lösungen finden. "Abgelehnte Asylbewerber und Strafgefangene zusammen unterzubringen, wäre aber die schlechteste Lösung." Seehofer hat in seinem Plan für eine andere Migrationspolitik die "befristete Aussetzung der erst auf Grund der EU-Rückführungsrichtlinie eingeführten Trennung von Abschiebungsgefangenen und anderen Häftlingen" gefordert, um "der aktuellen Notlage bei Abschiebungshäftplätzen zu begegnen".

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-108873/polizeigewerkschaft-fuer-abschiebehäft-in-normalen-gefaengnissen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com